Deutscher Bundestag **Drucksache 17/14352**

17. Wahlperiode 05. 07. 2013

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Strategiepapier der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung 2

1 Das duale System der beruflichen Bildung als Referenzmodell in Europa und der Welt 2

2 Komplementäres Handeln der Bundesressorts 5

3 Strategische Ziele der Bundesregierung 6

4 Instrumente und Themen 6

5 Wichtige Partner in Deutschland 7

6 Erfolgsfaktoren der internationalen Zusammenarbeit 8

7 Kräfte bündeln und Kompetenzen nutzen: Runder Tisch und Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation im BIBB 9

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 3. Juli 2013.

Einleitung

Die Bundesregierung arbeitet bei der Berufsbildung mit zahlreichen Partnerländern in der Europäischen Union und einer Reihe von weiteren Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern zusammen.

Viele, auch europäische Partnerländer, interessieren sich für die deutschen Erfahrungen in der berufsbezogenen Ausbildung und für deutsches Know-how. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat dieses Interesse erheblich zugenommen. Dem Dualen System der Berufsbildung wird zugeschrieben, wesentlich zur bedarfsgerechten Qualifizierung von Fachkräften beizutragen, in dem es schulisches mit betrieblichem Lernen verbindet. Damit ist es ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit insbesondere der jüngeren Generation. Auch die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland braucht immer mehr gut ausgebildete Fachkräfte.

Die aktuelle Dynamik in der internationalen Berufsbildungskooperation führt auch bei den deutschen Akteuren zu neuen Entwicklungen. Die deutsche internationale Berufsbildungszusammenarbeit berührt die Bildungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Migrations-, Außen- und Entwicklungspolitik. Sie bildet zahlreiche Schnittstellen zwischen den Ressorts, Institutionen und jenen Organisationen, die in Verantwortung der jeweiligen Ministerien handeln.

Die Federführung bei der internationaler Berufsbildungskooperation liegt, je nach Kontext der Partnerländer, im BMBF (Kooperation mit OECD-, BRICS- und Schwellenländern) bzw. im BMZ (Kooperation im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit).

Darüber hinaus entwickeln einige Fachressorts Berufsbildungsaktivitäten in ihren Zuständigkeiten, wie etwa in der Gesundheitspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik. In organisatorischer Hinsicht sind im Ausland neben den Auslandshandelskammern (AHK) auch die Auslandsvertretungen stärker mit Anfragen zur beruflichen Bildung konfrontiert. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH sowie die KfW Entwicklungsbank sind zuständig für die bilateralen Kooperationsvorhaben der Berufsbildung in der deutschen Entwicklungspolitik im Auftrag des BMZ und anderer Ressorts.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) kommt einem ansteigenden Bedarf an Systemberatung im Ausland nach. Infolgedessen hat das BIBB als Kompetenzzentrum für berufliche Aus- und Weiterbildung die Internationalisierung als strategisches Institutsziel aufgenommen.

Diese Entwicklungen legen es nahe, die vorhandenen Abstimmungsmechanismen der beteiligten deutschen Akteure strategisch abzustimmen und weiterzuentwickeln. Bisherige Abstimmungsstrukturen, etwa zwischen dem BMBF und dem BMZ zur internationalen Berufsbildungskooperation im Rahmen der „edvance-Initiative“[1], werden von den beteiligten Akteuren (insbesondere BMBF und BMZ) entsprechend den neuen Anforderungen neu strukturiert und angepasst.

Die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung stützt sich auf deutscher Seite auf die nationale Berufsbildungspolitik und -praxis und den aktuellen Stand der Berufsbildungsforschung (beides Kernbereiche der Bildungspolitik auf föderaler Ebene). Sie beruht zudem auf den nationalen Zielen in der Entwicklungspolitik und auf internationalen Vereinbarungen (wie beispielsweise die Millennium Development Goals), sowie auf vielfältigen Praxiserfahrungen und Beratungs-Know-how.

Darauf aufbauend beschreibt und nennt das vorliegende Strategiepapier Ziele, Instrumente und Partner der Bundesregierung für die internationale Berufsbildungszusammenarbeit. Es skizziert die Funktionsweise des „Runden Tisches“ als Abstimmungsmechanismus zwischen allen relevanten Akteuren. Die Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation im BIBB ist eine zentrale Anlaufstelle für Fragen der internationalen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und gemeinsam mit weiteren Einrichtungen ein Motor dieser Zusammenarbeit.

1 Das Duale System der beruflichen Bildung als Referenzmodell in Europa und weltweit

Der globale Wettbewerb führt zu immer kürzeren Innovationszyklen und neuen Formen der Arbeitsorganisation. Das erfordert eine systematische und partizipative betriebliche Organisationsentwicklung und eine darauf bezogene Qualifizierung der Fachkräfte. Weltweit wächst die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften. Sie sind nötig, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.

Staaten mit primär vollzeitschulischen Berufsausbildungen stehen unter erheblichem Reformdruck. Arbeitgeber in diesen Ländern kritisieren die schulische Bildung als zu wenig praxisorientiert und beklagen den Mangel an praktisch qualifiziertem Personal. Viele junge Menschen wiederum finden keinen Zugang zum Arbeitsmarkt und bleiben ohne Zukunftsperspektive. Hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern gefährdet zunehmend den sozialen Frieden. Jugendbeschäftigung und Investition in junge Fachkräfte sind entscheidende Faktoren für Wachstum, Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe. Dies gilt für Europa ebenso wie für andere Regionen der Welt.

Die berufliche Bildung in Deutschland mit ihrem Dualen System als tragender Säule trifft international auf wachsende Wertschätzung. Es hat eine neue Orientierungsrolle für andere Staaten übernommen. Selbst die in der Vergangenheit stark auf tertiäre Ausbildungen fokussierte OECD hat eindrucksvoll in einer internationalen OECD-Vergleichsstudie die Leistungsfähigkeit des dualen Systems unterstrichen. Gründe dafür sind das Spitzenranking Deutschlands bei der Jugendbeschäftigung, das hohe Kompetenzniveau der Ausgebildeten und der Auszubildenden und der gute Übergang in den Arbeitsmarkt nach der Ausbildung. Diese Gründe tragen gleichermaßen zu

[1] Siehe: www.edvance.info

der hohen Wertschätzung der beruflichen Bildung bei deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern bei.

Die Bundesregierung stützt sich in ihren Kooperationen mit internationalen Partnern auf die Stärken des deutschen Berufsbildungssystems, die in den folgenden fünf Kernprinzipien zusammen gefasst sind[2]; die Übertragbarkeit einzelner Elemente in andere Länder und Regionen richtet sich nach den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort:

Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern, Wirtschaftsorganisationen und Staat

Die gemeinsame Verantwortung für eine koordinierte plurale Steuerung dualer Berufsbildung stellt sicher, dass die Akteure entsprechend ihrer Kompetenzen und Interessen am Berufsbildungsdialog auf nationaler, regionaler/intermediärer und lokaler Ebene beteiligt sind. Staat, Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen sichern gemeinsam die Rahmenbedingungen der Berufsbildung: von der anteiligen Finanzierung über die Entwicklung und laufende Aktualisierung der Curricula und ihrer Implementierung bis hin zur Prüfung und Zertifizierung der erworbenen Kompetenzen.

Lernen im Arbeitsprozess

Die berufliche Bildung in Deutschland basiert auf der Herausbildung beruflicher Handlungskompetenz durch Lernen in Berufsstrukturen und im Prozess der Arbeit. Die in Schulen und Betrieb reflektierte Arbeitserfahrung als eine wesentliche Grundlage beruflichen Lernens und beruflicher Entwicklung setzt eine umfangreiche betriebliche und systematische Arbeitserfahrung (Ausbildung) von wenigstens 50 Prozent der Ausbildungszeit voraus. Diese Kombination erweist sich in Deutschland als die beste Form zur Entwicklung von Handlungskompetenz. Handlungskompetenz bezeichnet die Fähigkeit und Bereitschaft, Kenntnisse, Fertigkeiten sowie persönliche, soziale und methodische Fähigkeiten in Arbeits- oder Lernsituationen für die berufliche und persönliche Entwicklung zu nutzen. Die Grundlage bildet ein die Lernorte übergreifender Berufsbildungsplan mit aufeinander abgestimmten betrieblichen Ausbildungsordnungen und schulischen Rahmenlehrplänen.

Akzeptanz von nationalen Standards

Betriebsübergreifende Berufs-, Ausbildungs- und Prüfungsstandards garantieren Qualität. Die Ausbildung dauert in der Regel drei Jahre. Vergleichbare Ausbildungsabschlüsse und Zertifikate bilden die Basis für nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit, Mobilität und gesellschaftliche Akzeptanz. Das Berufsbildungsgesetz, die Handwerksordnung sowie weitere Berufszulassungsgesetze bestimmen alle wichtigen Fragen, die mit Berufsbildung zusammen hängen.

[2] Siehe auch www.edvance.info

Qualifiziertes Bildungspersonal

Ein in Betriebe integriertes Konzept der Berufsbildung braucht Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben bzw. Lehrerinnen und Lehrer, die über fachliche wie pädagogische Kompetenzen verfügen. Qualifiziertes Berufsbildungspersonal sichert die Qualität und stößt Veränderungsprozesse an.

Institutionalisierte Berufsbildungsforschung und -beratung

Berufsbildungs- und Arbeitsmarktforschung sind eine unverzichtbare Grundlage für die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Berufsinformation und Berufsberatungssysteme sind eine bedeutende Hilfe für die Vorbereitung von Entscheidungen bezüglich der Berufswahl und der anzustrebenden Qualifizierungsziele und fördern somit die Mobilität und langfristige Beschäftigungsfähigkeit.

a) Zur Situation in Europa

In der Europäischen Union versuchen die Mitgliedstaaten schon seit langem, einen gemeinsamen Berufsbildungsraum zu schaffen. So verantwortet zum Beispiel das BMBF die nationale Durchführung des EU-Bildungsprogramms für Lebenslanges Lernen (PLL) zur Förderung von Mobilität, Innovationstransferprojekten und Partnerschaften in der Europäischen Union. Auch mit einzelnen EU-Staaten bestehen langjährige Berufsbildungskooperationen, z. B. auf der Grundlage des Elysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich. Das deutsch-französische Austauschprogramm in der beruflichen Bildung wird seit 1980 vom Deutsch-Französischen Sekretariat (DFS) durchgeführt, gefördert vom BMBF und der französischen Regierung.

In der EU haben in jüngster Zeit die Themen „Lernen im Prozess der Arbeit“ und „Übergang von der Schule in den Beruf“ erheblich an Bedeutung gewonnen. Die EU-Zielsetzungen für die berufliche Bildung bis 2020 sind primär auf nationale Systemreformen gerichtet. Sie setzen auf das duale betriebsintegrierte Ausbildungsprinzip, auf die enge Zusammenarbeit von Staat, Sozialpartnern und Wirtschaftsorganisationen sowie die Arbeitsmarktrelevanz der Ausbildung.

Mehrere EU-Staaten haben in der jüngsten Vergangenheit Reformen in Richtung einer betriebsnahen bzw. kooperativen Ausbildung eingeleitet. Deutschland wird hierbei häufig als Kooperationspartner angefragt. So hat das BMBF beispielsweise im Dezember 2012 mit interessierten Mitgliedstaaten (Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Lettland, Slowakei) konkrete Maßnahmen zur Förderung der Jugendbeschäftigung und zur Weiterentwicklung der Berufsbildungssysteme vereinbart. Damit leistet BMBF einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der europäischen Ausbildungsallianz, die von der Europäischen Kommission in der Mitteilung „Neue Denkansätze für die Bildung: Bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“ angekündigt

wurde und in die allgemeine europäische Strategie zur nachhaltigen Optimierung der Berufsbildungssysteme aufgenommen werden soll.

Zentraler politischer Schritt im Kontext der Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist die vom Rat am 28. Februar 2013 beschlossene Jugendgarantie. Die Mitgliedstaaten sollen demnach sicherstellen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten wird. Der Europäische Rat hat für die Förderperiode 2014 bis 2020 unter anderem vorgesehen, für die Umsetzung der Jugendgarantie in Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 Prozent sechs Mrd. Euro bereitzustellen. Die Bundesregierung unterstützt in diesem Zusammenhang unter anderem auch die Schaffung dualer Ausbildungsplätze.

b) Zur Situation weltweit

Der Wandel von der Massenproduktion hin zu einer innovationsgetriebenen Wirtschaft erhöht auch in Schwellen- und Entwicklungsländern den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften. Eine Berufsausbildung mit hohen arbeitspraktischen Anteilen ist dafür das Erfolgsmodell. Im Rahmen von Bildungsreformprogrammen etablieren einzelne Länder seit geraumer Zeit praxisnahe und kooperative Strukturen und interessieren sich deshalb auch für das Modell des deutschen dualen Berufsbildungssystems. Auch die Arbeitsminister und Arbeitsministerinnen der G-20-Staaten befürworteten beim Pariser Gipfel 2011 die Ausrichtung auf duale bzw. betriebsnahe, kooperative Strukturen in der Berufsausbildung[3] und haben diese Überzeugung bei Ihrem Treffen in Guadalajara 2012 nochmals betont.[4] Im UNESCO-UNEVOC Shanghai Konsensus in der beruflichen Bildung von 2012 werden an prominenter Stelle kooperative und tätigkeitsbasierte Strukturen für die Berufsbildung (Technical and Vocational Education and Training) empfohlen.[5]

Dabei trifft die Nachfrage aus dem Ausland auf ein gestiegenes Kooperationsinteresse in Deutschland. So soll das jeweilige nationale Berufsbildungssystem des Partnerlandes gemeinsam weiter entwickelt werden. Ein maßgeblicher Treiber sind jedoch auch deutsche Unternehmen, die mit Niederlassungen, Tochtergesellschaften und Joint Ventures im Ausland aktiv sind und einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften beklagen.

Eine wesentliche Rolle spielen hier die deutschen Auslandshandelskammern (AHKs), die im Auftrag von Unternehmen und mit Unterstützung der Kammern in Deutschland nach deutschen Standards ausbilden. Des Weiteren engagieren sich diverse deutsche Bildungsanbieter, die mit ihren Angeboten auf eine derartige internationale Nachfrage reagieren und deren Marktzugang von deutscher Seite unterstützt wird.

Die hohe Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Ansätzen in der beruflichen Bildung ist in allen Ressorts wahrnehmbar und wird entsprechend der Zuständigkeiten bedient.

Das BMBF bringt seine Erfahrungen aus dem deutschen Berufsbildungssystem und mit berufsbildungspolitischen Maßnahmen ein. Mit zahlreichen Staaten, wie beispielsweise Russland, Indien, China, der Türkei, Brasilien und Israel unterhält das BMBF bilaterale Kooperationsabkommen in der beruflichen Bildung, die über regelmäßig tagende Arbeitsgruppen institutionalisiert und auf strategische Zielsetzungen und die Umsetzung konkreter Maßnahmen ausgerichtet sind.

Seit über 50 Jahren fördert das BMZ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in der beruflichen Bildung den internationalen Kompetenzaufbau und den fachlichen Austausch zu deutschen (dualen) Ansätzen in der beruflichen Bildung. Im Laufe der Jahre wurde eine Vielzahl von Ländern bei der Reform ihrer Berufsbildungssysteme in Richtung betriebsnahe und kooperative Ansätze fachlich und finanziell unterstützt. Im Jahr 2013 unterhält das BMZ bilaterale Kooperationen in der beruflichen Bildung mit 34 Entwicklungsländern.

c) Engagement in internationalen Organisationen

Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv in zahlreichen internationalen Gremien und bilateralen Partnerschaften im Bereich der beruflichen Bildung. Hierzu zählen internationale Organisationen wie EU, OECD, ILO, ETF, UNESCO, und die Bildungszusammenarbeit im Rahmen von ASEM. Das BMBF sowie das BMZ fördern das UNESCO-UNEVOC-Center in Bonn institutionell und durch die Entsendung von Expertinnen und Experten. Mit einem leistungsfähigen UNESCO-UNEVOC-Center in Bonn gewinnt Deutschland als Akteur in der beruflichen Bildung international weiter an Bedeutung.

Das BMBF initiierte unter anderem die ASEM-Bildungsministerkonferenzen. Daraus ist eine eigene Linie der asiatisch-europäischen Zusammenarbeit mit einem Schwerpunkt in der beruflichen Bildung erwachsen, die vom ASEM-Bildungssekretariat unterstützt wird. Über ASEM unterhält das BMBF gute Kontakte in Berufsbildungsfragen zu einem Großteil der an beruflicher Bildung interessierten asiatischen Staaten wie Indien, China, Indonesien, Singapur, Malaysia, Vietnam und Südkorea. Das

---

[3] Siehe die Schlussfolgerungen des G20-Arbeitsministertreffens 2011 in Paris, zum Download unter: http://www.bmas.de/EN/Service/Press/recent-publications/g20-labour-ministers-meeting-2011.html, abgerufen am 7. Mai 2013, dort heißt es unter (9): „We agree that training systems based on dual learning or apprenticeships, alternating in class and in enterprise, are particularly effective. We are committed to promoting apprenticeship, vocational training and work-based learning systems, and we encourage the creation of public-private partnerships for this purpose. “

[4] Siehe die Schlussfolgerungen des G20-Arbeitsministertreffens 2012 unter http://www.g20civil.com/documents/211/740/

[5] Siehe: http://www.unevoc.unesco.org/go.php?q=Report: Building Skills for Work and Life, Shanghai, China, 13–16 May 2012: Third International Congress on TVET, abgerufen am 7. Mai 2013, dort heißt es in den Recommendations: „[…] Develop frameworks and incentive mechanisms to promote the active involvement of relevant stakeholders in planning, governance, curriculum, qualifications development and assessment, as well as school-enterprise cooperation and workplace learning.“

BMBF kooperiert traditionell eng mit dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) der Europäischen Union. Die anderen Ressorts sowie die Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen engagieren sich ebenfalls zunehmend in internationalen Organisationen für die Berufsbildungszusammenarbeit.

Das BMZ vertritt Deutschland in der „Global Partnership for Education“, welche die „Education for All“-Ziele mit hoher Relevanz für die weitere Entwicklung der beruflichen Bildung in Entwicklungsländern in die Tat umsetzt.

2 Komplementäres Handeln der Bundesressorts

Damit trägt die internationale Berufsbildungskooperation der Bundesregierung nicht nur bildungspolitischen Zielen, sondern auch wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen, entwicklungspolitischen, kulturellen, gesellschafts- und außenpolitischen Aspekten Rechnung. Die Ressorts setzen hierzu im Rahmen ihrer Zuständigkeit eigene Prioritäten.

Das BMBF verfolgt diese Ziele prioritär mit folgenden Staaten bzw. Staatengruppen:

(1) Staaten der Europäischen Union (europäische und bilaterale Ebene) – aufgrund der aktuellen Beschäftigungskrise und der engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtung;

(2) aufstrebende Wachstumsstaaten (insb. BRIC-Staaten) sowie ausgewählte Schwellenländer – auf der Grundlage einer herausragenden wirtschafts- und bildungspolitischen Bedeutung für Deutschland;

(3) G20- und OECD-Staaten – im Rahmen entsprechender Programme und Initiativen.

Das BMBF begleitet gleichermaßen Partnerstaaten und Wirtschaft, wenn es darum geht, das Berufsbildungssystem zu reformieren und so den Fachkräftebedarf zu decken.

Zudem unterstützt das BMBF durch die beim BIBB eingerichtete BMBF-Initiative iMOVE deutsche Bildungsanbieter, damit sie sich auf dem internationalen Bildungsmarkt engagieren können.

Das BMBF fördert die Forschung zur beruflichen Bildung und die Entwicklung deutscher Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen für den Export. Es begleitet außerdem die geförderten Projektverbünde bei ihrem internationalen Berufsbildungsengagement. Mit der Projektförderung im Berufsbildungsexport werden Bildungsanbieter bei ihrem Eintritt auf einen Auslandsmarkt sowie bei der Entwicklung nachhaltiger Qualifizierungsangebote unterstützt. Aus den laufenden Projekten entwickelt das BMBF „Good Practice“-Beispiele, die weiteren Akteuren Orientierung bieten können.

Das BMWi informiert im Rahmen des Willkommensportals für internationale Fachkräfte „Make it in Germany“ über das duale Ausbildungssystem in Deutschland und darüber, welche Perspektiven beruflich qualifizierte Menschen in Deutschland haben. Das BMWi ist Verordnungsgeber für 308 Ausbildungsberufe.

Das Auswärtige Amt unterstützt durch seine Auslandsvertretungen in enger Abstimmung mit den AHKs die Vernetzung aller hieran interessierten deutschen Akteure im Bereich der beruflichen Bildung vor Ort.

Übergeordnetes Ziel des BMZ ist es, Beiträge zu Armutsreduzierung und nachhaltiger Entwicklung zu leisten. Dabei ist der Ausbau der Förderung der beruflichen Bildung als Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Im Rahmen dieser Förderung wird die Einführung von Berufsbildungssystemen unterstützt, die an den Bedarfen des Arbeitsmarktes ausgerichtet sind. Dabei setzt das BMZ auf:

– die verstärkte Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft und Zivilgesellschaft als Partner in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der beruflichen Bildung;

– die Weiterentwicklung innovativer Ansätze wie Green Skills oder Qualifizierungsmaßnahmen im informellen Sektor;

– die Stärkung der internationalen Position Deutschlands durch das Einbringen deutscher Ansätze in multilaterale, globale und europäische Prozesse und Organisationen.

Das BMZ fördert in der beruflichen Bildung neben den bilateralen Vorhaben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit auch Projekte der Kirchen und privaten Träger. Darüber hinaus unterstützt es die sogenannten Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft sowie die Berufsbildungspartnerschaften. Insgesamt ist das BMZ damit an 246 Vorhaben der beruflichen Bildung in 80 Entwicklungsländern beteiligt. Regionale Schwerpunkte sind dabei Asien und Afrika. Darüber hinaus wird berufliche Bildung im Rahmen von Regionalvorhaben unterstützt. Seit 2009 ist berufliche Bildung ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Sie hat stetig an Bedeutung gewonnen, was sich u. a. in den Zusagen des BMZ für die bilaterale Zusammenarbeit widerspiegelt. Allein im Jahr 2012 hat das BMZ Kooperationspartnern für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in der Berufsbildung Mittel in Höhe von rund 90 Mio. Euro zugesagt. Darüber hinaus wurden mit Förderauftrag des BMZ 2012 Förderkredite der KfW für Maßnahmen der beruflichen Bildung in Höhe von rund 140 Mio. Euro zugesagt.

Junge Menschen benötigen oft Unterstützung beim Übergang von der Schule in die duale Berufsausbildung. Dies umfasst die Berufsberatung, die Berufsorientierung und die Ausbildungsvermittlung, aber auch Leistungen des Arbeitsförderungsrechts wie die Berufseinstiegsqualifizierung oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen. Auch während der Berufsausbildung werden junge Menschen mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und Berufsausbildungsbeihilfe unterstützt. Die aktive Arbeitsförderung leistet damit einen wichtigen Beitrag zu dem Erfolg der dualen Ausbildung. Das BMAS bringt diese Punkte in die

Koordinierung der Beschäftigungspolitik auf europäischer und internationaler Ebene ein und trägt aktiv zum Austausch guter Praktiken bei. Zunehmend werden diese Aspekte auch in bilateralen Kooperationen vertieft.

Die zum Teil langjährige Erfahrung und komplementäre Arbeit zahlreicher Ressorts in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit zahlt sich nun aus. Deutschland ist ein weltweit vielgefragter Partner auf diesem Gebiet. Die Bundesregierung reagiert hierauf, indem sie den gemeinsamen Auftritt deutscher Akteure im Ausland stärkt und durch das enge Zusammenwirken und den Erfahrungsaustausch aller Beteiligten auf nationaler Ebene weiter fördert.

3 Strategische Ziele der Bundesregierung

Die Berufsbildung ist zu einem weltweit anerkannten Schlüsselfaktor für gesellschaftliche Teilhabe, Wettbewerbsfähigkeit, sozialen Frieden, Wohlstand und hohe Beschäftigungsquoten geworden. Die Bundesregierung unterstützt auf Nachfrage die Stärkung von kooperativen und betriebsnahen Elementen des Berufsbildungssystems in Partnerstaaten. Im Rahmen der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit verfolgt die Bundesregierung im Rahmen geltender Haushalts- und Finanzplanansätze das Ziel,

– die Beschäftigung junger Erwachsener durch eine Stärkung betriebsintegrierter Ausbildungselemente insbesondere in der Europäischen Union zu fördern;

– Regierungen und Sozialpartner, die duale Strukturen in den Berufsbildungssystemen ihrer Länder stärken wollen, durch Beratung und den Transfer von Know-how zu unterstützen;

– den Fachkräftebedarf der deutschen Wirtschaft im In- und Ausland zu decken und dadurch das Auslandsengagement deutscher Unternehmen sowie den Technologietransfer zu stärken;

– das Angebot deutscher Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen im Ausland zu unterstützen;

– einen bildungspolitischen Dialog der bedeutenden Akteure als Impulsgeber für die nationale Berufsbildungspolitik und zur Stärkung der internationalen Berufsbildungsforschung in Deutschland zu etablieren;

– die berufliche Aus- und Weiterbildung, insbesondere die Aufstiegsfortbildung, zu internationalisieren, um den Anforderungen an Fachkräfte in einer globalisierten Wirtschaft gerecht zu werden;

– die Einführung eines inklusiven und ganzheitlichen Ansatzes der Berufsbildung in Ländern der Entwicklungszusammenarbeit, in denen berufliche Bildung ein Motor für Wachstum und Beschäftigung sein und so unter anderem zur Stabilisierung fragiler Kontexte beitragen kann, zu unterstützen;

– durch einen vertrauensvollen und zielorientierten Dialog aller beteiligten Akteure einen Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten zu schaffen.

4 Instrumente und Themen

Mit einem breiten Portfolio von praxiserprobten Instrumenten werden die Ziele in der Berufsbildungszusammenarbeit effizient und bedarfsgerecht in die Tat umgesetzt. In der internationalen Zusammenarbeit kann es dabei nicht darum gehen, das deutsche Berufsbildungssystem „eins zu eins“ ins Ausland zu übertragen. Vielmehr werden die Partnerländer dabei unterstützt, Elemente dualer Berufsbildung nach Bedarf in ihr jeweiliges System einzupassen und einzuführen. Wichtig ist neben der Implementierung dualer bzw. kooperativer Prinzipien die selbständige Umsetzung und nachhaltige Weiterentwicklung in den Partnerländern. Zu den Instrumenten und Formen der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit gehören:

Systemberatung:

Ansprache und Beratung der staatlichen Stellen im Partnerland im Hinblick auf duale bzw. betriebsintegrierte Formen der beruflichen Qualifizierung, um

– Unternehmen zu gewinnen, sich im Rahmen der Berufsbildung zu engagieren,

– Reformprozesse im Partnerland zu begleiten,

– für konkrete Umsetzungsprojekte volle Anerkennung der Abschlüsse – auf angemessenem Niveau im nationalen Berufsbildungssystem – zu erreichen.

Die Systemberatung bezieht sich auf die Ausgestaltung des jeweiligen Berufsbildungssystems, beispielsweise darauf,

– die Erarbeitung eines rechtlichen Rahmens für die berufliche Bildung zu begleiten,

– zentrale Akteure in der beruflichen Bildung in der Wahrnehmung ihrer Rollen und Aufgaben zu stärken

– nachhaltige, selbsttragende Finanzierungsquellen für das jeweilige Berufsbildungssystem zu sichern,

– bei der Reform und dem Aufbau von Verwaltungs-, Forschungs- und Beratungsorganisationen zur beruflichen Bildung sowie entsprechender Bildungseinrichtungen zu unterstützen,

– Unternehmen für die praktische Umsetzung betriebsintegrierter Formen der Berufsbildung vor Ort zu gewinnen.

Kooperative Strukturen:

Etablierung von Strukturen, um Berufsbildung im Partnerland erfolgreich und nachhaltig einzuführen. Hierfür stehen auch die Außenwirtschaftsförderungsstrukturen der AHKs zur Verfügung. Das umfasst beispielsweise die

– Einrichtung von Berufsbildungsgremien unter Beteiligung möglichst aller relevanten Akteure,

– Entwicklung transparenter Ablaufstrukturen für Berufsbildungsmaßnahmen, wie z. B. einzelbetriebliche Ausbildung/Weiterbildung; Initiierung und Begleitung

von Ausbildungsverbünden zwischen AHKs, Kammern des Partnerlandes, Sozialpartnern und Wirtschaftsorganisationen des Partnerlandes, deutschen Unternehmen und Unternehmen im Partnerland; Kooperation mit Berufsschulen,

– Etablierung von Zertifizierungs- und Prüfungsstrukturen unter Beteiligung aller relevanten Akteure.

Qualitätsstandards:

Etablierung und Weiterentwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung bzw. Berufsbildungsstandards, wie beispielsweise:

– gemeinsame Entwicklung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, Curricula für Ausbildungsgänge, Rahmenlehrplänen und Lehr- und Lernmaterialien durch wirtschaftliche und staatliche Akteure des Partnerlandes,

– Entwicklung von Ausbildungsstandards für ausbildende Betriebe und Einrichtungen,

– Unterstützung bei der Qualifizierung von Bildungspersonal (z. B. Ausbildung der Ausbilder und Ausbilderinnen).

Marketing und Kommunikation:

Erhöhung der Attraktivität der Berufsausbildung durch:

– Berufsbildungskampagnen in den Partnerländern,

– Beiträge für eine Berufsbildungskampagne auf europäischer Ebene.

Transparenz und Anerkennung:

Bildungspolitischer Dialog: z. B. Austausch über den Nationalen Qualifikationsrahmen in bilateralen Arbeitsgruppen oder ein Dialog zur Förderung der Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit zur akademischen Bildung.

Umsetzungsprojekte:

Konkrete Projekte und Schaffung von Ausbildungsnetzwerken, in die Unternehmen und berufsbildende Schulen des Partnerlandes einbezogen werden. Einrichtung von Pilotprojekten zur Darstellung von modellhaften Beispielen guter Praxis.

Angemessene Finanzierung:

Angebote maßgeschneiderter Finanzierung im Rahmen geltender Haushalts- und Finanzplanansätze für den Ausbau und die Modernisierung von Berufsbildungssystemen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Mobilitätsförderung und grenzüberschreitende Kooperation:

Erhöhung der Mobilität in der Berufsbildung, um einen europäischen Arbeitsmarkt zu schaffen, indem

– interkulturelle Kompetenzen in der Berufsbildung verstärkt berücksichtigt werden,

– die Mobilität in der beruflichen Bildung und Hochschulbildung gefördert wird, z. B. durch das EU-Bildungsprogramm zur Förderung der Mobilität von Auszubildenden, Studierenden und Bildungspersonal und die Förderung der grenzüberschreitenden Vermittlung,

– grenzüberschreitende Strukturen in der Berufsbildungsmobilität auf bilateraler und europäischer Ebene etabliert werden,

– und Beiträge zur Berufsbildungsforschung auf europäischer Ebene geleistet werden.

5 Wichtige Partner in Deutschland

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist das Kompetenzzentrum der Bundesregierung für Berufsbildungsforschung, Politikberatung und Praxisunterstützung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Es treibt gemäß seinem gesetzlichen Auftrag national seit mehr als vierzig Jahren die Entwicklung des deutschen dualen Berufsbildungssystems voran und ist international ein wichtiges Referenzzentrum.

Darüber hinaus unterstützt die BMBF-Initiative iMOVE im BIBB deutsche Berufsbildungsanbieter im Ausland. Der Didacta-Verband vertritt die deutsche Bildungswirtschaft international.

Mit ihren Außenstrukturen und wirtschaftsnahen Berufsbildungskompetenzen sind AHK, IHK und HWK zusammen mit DIHK und ZDH wesentliche strategische Partner in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit der Bundesregierung, insbesondere des BMBF. Die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderten AHKs übernehmen eine wichtige Brückenfunktion zwischen deutschen Unternehmen und Unternehmen im Partnerland. Sie sind vor Ort verankerte Plattformen der Außenwirtschaftsförderung und unterstützen die Verbindungen zwischen der deutschen und der lokalen Wirtschaft. Die enge Verbindung der AHKs mit den Kammern in Deutschland, die nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung zuständige Stellen für die Berufsbildung sind, ermöglicht es ihnen, bedarfsorientierte und qualitativ hochwertige Berufsbildungsdienstleistungen angelehnt an das deutsche duale System anzubieten. AHKs können zudem im Rahmen von Pilotprojekten die Stärken der dualen Berufsbildung und die Bedeutung von Integration, Beratung und Qualitätssicherung demonstrieren.[6]

Die deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wirken als fester Bestandteil des Berufsbildungssystems – in Partnerschaft mit ihren Schwesterorganisationen im Ausland, mit ihren Dachorganisationen EGB und Business Europe/BE sowie mit dem BMBF und anderen Ressorts – ebenfalls in internationalen Berufsbildungs-

[6] In Ländern, in denen es keine AHK gibt, kann eine solche Funktion – in Absprache mit dem DIHK und dem BMZ – auch ein GIZ-Länderbüro übernehmen.

kooperationen mit. Sie sind wesentliche strategische Partner in der Berufsbildungskooperation der Bundesregierung.

International aktive, deutsche Bildungsanbieter unterstützt das BMBF über eine Projekt- und Forschungsförderung. So sollen sie in die Lage versetzt werden, internationale Märke besser zu erschließen. Dabei handelt es sich neben zahlreichen privaten Anbietern sowie Bildungseinrichtungen der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften auch um die Ausbildungsstätten der deutschen Kammern (IHK und HWK) sowie Bildungseinrichtungen der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften. Sie qualifizieren Bildungspersonal, wie Berufsschullehrkräfte und Ausbilderinnen und Ausbilder, führen Qualitätsmanagement in Berufsbildungseinrichtungen ein, beraten beim Aufbau und der Konzeption von Bildungsstätten und entwickeln gemeinsam mit ausländischen Partnereinrichtungen Lehrpläne und Ausbildungsstandards.

Die GIZ GmbH ist im Rahmen der technischen Zusammenarbeit für bilaterale Berufsbildungskooperationen zuständig und berät das BMZ fachlich. Im Auftrag des BMZ sowie anderer Ressorts implementiert die GIZ über 60 Berufsbildungsvorhaben in Entwicklungsländern. GIZ International Services setzt in Absprache mit dem BMZ drittfinanzierte Berufsbildungsvorhaben vor allem in den Golfländern in die Tat um.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt im Auftrag des BMZ oder anderer Ressorts Regierungen der Kooperationsländer bei der Finanzierung zentraler Strukturreformen oder dem Ausbau und der Modernisierung des Berufsschulsystems. Sie ist fachliche Ansprechpartnerin für Fragen der Finanzierung beruflicher Bildung in Entwicklungsländern, die auch den Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente umfasst. Die DEG-Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH kann mit ihren langfristigen Finanzierungsangeboten privatwirtschaftlich ausgerichtete Berufsbildungseinrichtungen (Universitäten, Berufsschulen, Trainingszentren) mitfinanzieren und im Rahmen ihrer Förderprogramme berufsbildende Maßnahmen sowie Pilotvorhaben begleiten.

Die sequa gGmbH bringt die Kompetenz der deutschen Wirtschaft ein und realisiert im Auftrag des BMZ und anderer Ressorts Vorhaben mit ausgewählten deutschen Kammern und Verbänden und ihren ausländischen Partnerorganisationen in Entwicklungsländern. Weitere zentrale Partner des BMZ in der internationalen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung sind Organisationen der deutschen Zivilgesellschaft, wie der DVV International e.V., Don Bosco Mondo, weitere Nicht-Regierungsorganisationen und die entwicklungspolitischen Organisationen der Kirchen.

Auch deutsche und europäische Unternehmen sowie deren Tochterunternehmen im Ausland sind wichtige Partner der Bundesregierung in der beruflichen Bildung. In sogenannten Public Private Partnerships qualifizieren sie über den eigenen Bedarf hinaus oder etablieren überbetriebliche Ausbildungsstätten.

6 Erfolgsfaktoren der internationalen Zusammenarbeit

Wesentlich für den Erfolg bilateraler Maßnahmen sind

- die Nachfrage des Partnerstaates nach einer Kooperation mit deutschen Partnern zur Berufsbildungskooperation und ein entsprechender Veränderungswille im Partnerland,
- geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen, wie eine nationale Berufsbildungsstrategie und politischer Wille zu Modernisierung und Reform,
- die Bereitschaft der entscheidenden relevanten Akteure, insbesondere der Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen, sich an den Reformvorhaben eigeninitiativ und verantwortlich zu beteiligen,
- eine Offenheit der staatlichen Akteure für die Einbeziehung der Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen,
- die Ausrichtung der Berufsbildung an dem aktuellen und zukünftigen Bedarf der Wirtschaft,
- die Unterstützung deutscher Aus- und Weiterbildungsanbieter, damit die Stärken eines kooperativen und wirtschaftsnahen Berufsbildungssystems vermittelt werden,
- ein gemeinsames Engagement von deutschen Unternehmen sowie Organisationen der Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit,
- die tragfähige Qualität des allgemeinbildenden Systems und die Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems,
- belastbare Informationen über den Arbeitsmarkt, aus dem sich Reform- und Qualifizierungsbedarfe ableiten lassen,
- ausreichendes wirtschaftliches Potenzial,
- anschlussfähige Bildungskulturen und Bildungstraditionen, ein angemessener Stellenwert der beruflichen Bildung (gesellschaftliche Akzeptanz), auch im Vergleich zur akademischen Bildung,
- leistungsfähige Akteure, die berufliche Bildung anbieten und finanzieren sowie Institutionen und Strukturen die Berufsbildungsstandards sichern,
- vorhandene staatliche Förderkulturen in Bildung, Wissenschaft und Innovation.

Hinzu kommt die bestmögliche strategische und operative Abstimmung aller deutschen Partner sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung. Nötig ist zudem, dass sich die deutschen Aktivitäten in der internationalen Berufsbildungskooperation an den Kernprinzipien der deutschen Berufsbildung ausrichten.

7 Kräfte bündeln und Kompetenzen nutzen: Runder Tisch und Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation im BIBB

Wenn die internationale Berufsbildungszusammenarbeit ressort- und akteursübergreifend abgestimmt wird, können die deutschen Aktivitäten professioneller und kohärenter nach außen dargestellt werden. Der abgestimmte Einsatz von bestehenden finanziellen Ressourcen und die Bündelung von Know-how fördern Effizienz, Effektivität und eine zielgerichtete Arbeitsplanung.

7.1 „Runder Tisch“ für internationale Berufsbildungszusammenarbeit

Ein „Runder Tisch“ wird als Koordinations- und Clearingstelle fungieren, um die Aktivitäten in der bilateralen internationalen Berufsbildungszusammenarbeit abzustimmen. Er dient der partnerschaftlichen ressort- und organisationsübergreifenden Zusammenarbeit und soll in regelmäßigem Turnus sowohl auf Arbeitsebene als auch auf Staatssekretärs-Ebene zusammentreten.

Die Mitglieder des „Runden Tisches“ kommen aus

– den beteiligten Bundesministerien

– den im Verantwortungsbereich der beteiligten Ressorts tätigen Organisationen,

– den das nationale Berufsbildungssystem tragenden Einrichtungen, insbesondere den Kammerorganisationen (DIHK und ZDH), den Sozialpartnern (BDA und DGB), sowie dem BIBB,

– Vertretern der Länder.

Sofern erforderlich können weitere Teilnehmende den Kreis erweitern.

Der „Runde Tisch“ dient der Verständigung über die strategische Ausrichtung der internationalen Berufsbildungskooperationen der Bundesregierung, insbesondere der

– wechselseitigen Information über neue und wichtige Projekte und Programme in der Berufsbildung (die im Verantwortungsbereich des jeweiligen Ressorts liegen),

– Beratung über aktuelle Themen der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit,

– Verständigung über neu abzuschließende Kooperationsvereinbarungen mit Partnerstaaten, soweit sie die Verantwortung mehrerer Ressorts betreffen: Inhalte und Schwerpunkte sowie Federführung, Abstimmung von zu ergreifenden Maßnahmen, Abstimmung über die Beteiligung der Akteure.

Die Arbeitsweise des Runden Tisches wird in einer Geschäftsordnung geregelt.

Der „Runde Tisch“ tagt in drei Konstellationen:

(1) „Runder Tisch“ – Staatssekretärsebene

Zusammensetzung:	St-Ebene aller beteiligten Ressorts und der Vertretungen aus den beteiligten Organisationen, der Sozialpartner und Bundesländer
Rhythmus:	Ein bis zwei Mal im Jahr
Entscheidungsfindung:	Entscheidungen werden zwischen den Ressorts getroffen; die weiteren Mitglieder beraten.

(2) „Runder Tisch“ – Arbeitsebene

Zusammensetzung:	Arbeitsebene aller beteiligten Ressorts sowie Vertretungen aus den beteiligten Organisationen, der Sozialpartner und Bundesländer
Rhythmus:	drei bis viel Mal im Jahr
Entscheidungsfindung:	Entscheidungen werden zwischen den Ressorts getroffen; die weiteren Mitglieder beraten.

(3) „Runder Tisch“ – Ressortkreis

Zusammensetzung:	Arbeitsebene aller beteiligten Ressorts
Rhythmus:	Alle vier bis sechs Wochen

7.2 Zentralstelle für Internationale Berufsbildungskooperation im BIBB

Im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wird derzeit die Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation eingerichtet. So kann die gesamte Expertise des BIBB als nationales Kompetenzzentrum für berufliche Aus- und Weiterbildung in die internationale Berufsbildungszusammenarbeit einfließen.

Die Zentralstelle sammelt Informationen zu neuen und laufenden Berufsbildungskooperationen der Bundesregierung, bereitet sie auf und stellt sie bei Bedarf und Interesse einzelnen deutschen Akteuren zur Verfügung. Sie kann insofern Anlaufstelle für alle deutschen, an Berufsbildungskooperationen beteiligten Institutionen sowie perspektivisch auch für ausländische Interessenten sein.

Die Zentralstelle unterstützt die Kooperationsbeziehungen der Bundesregierung und gestaltet sie – auf Wunsch und in Ergänzung zu den bestehenden Beratungsangeboten von GIZ und KfW sowie zu den bestehenden Beratungsangeboten der weiteren deutschen Akteure der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit. Zu den möglichen Leistungen zählen

– der Aufbau, die Koordination und die fachliche Begleitung der bilateralen Arbeitsgruppen,

– die Identifikation/Initiierung und Begleitung von Netzwerk-, Kooperations- und Leuchtturmprojekten (einschließlich deren Förderung),

– das Wissensmanagement und die Aufbereitung von Informationen,

– Kooperation und Beratung vor Ort.

Hierzu kann die Zentralstelle projektbezogen und zeitlich befristet eigenes Personal im Partnerland einsetzen – in enger Abstimmung und Kooperation mit den unterschiedlichen deutschen Institutionen und Akteuren. Im Sinne einer Zentralstelle der Bundesregierung steht das Leistungsangebot der Zentralstelle allen Ressorts zur Verfügung. Es besteht für andere Ministerien und Institutionen die Möglichkeit, sich finanziell an der Zentralstelle zu beteiligen und geeignete Mitarbeiter zur Unterstützung der Zentralstelle zu entsenden.

Die Zentralstelle dient zudem als Geschäftsstelle des „Runden Tisches“.

Die BMBF-Initiative iMOVE wird als eigenständiger Arbeitsbereich in die Abteilung „Internationalisierung der Berufsbildung/Wissensmanagement“ des BIBB integriert, wobei iMOVE seinen Markennamen und sein Dienstleistungsportfolio behält.

Das Sekretariat der gemeinsamen BMBF-BMZ Initiative „edvance“ geht in der Zentralstelle auf. Die in der edvance-Initiative angestoßenen Prozesse und Produkte werden in gemeinsamer Verantwortung von BMBF und BMZ fortgeführt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333